

Werner Rellecke M.A., Dresden

**Gekürztes Redemanuskript vom 23. 2. 2008
(Theodor-Heuss-Akademie, Gummersbach)**

„Über die Faszination des Rechtsextremismus bei Jugendlichen“

Das Thema: „Über die Faszination des Rechtsextremismus bei Jugendlichen“ ist sehr vielschichtig. Ich möchte und muss es eingrenzen, um nicht nur über Definitionen und allgemeine Aspekte zu sprechen:

Ich werde in erster Linie politische Daten und Analysen in den Vordergrund stellen. Mikro- und makro-soziologische Fragen spielen dabei keine große Rolle, ebensowenig werden tiefere Ursachen des Problems oder staatliche und gesellschaftliche Maßnahmen und Gegenströmungen näher beleuchtet.

Ich werde das Thema eher phänomenologisch angehen, also beschreiben, was sichtbar, nachlesbar oder einigermaßen messbar ist, und gleich zu Beginn eine persönliche Einschätzung riskieren: Der Rechtsextremismus, bzw. der politische Extremismus allgemein, kann in unserer Gesellschaft nicht ausgeremert werden. Wer den Frieden auf der Welt anstrebt ist redlich, wer ihn in zehn Jahren herstellen will, ist albern. So ähnlich steht es um den politischen Extremismus. Seine Erscheinungsformen sind unterschiedlich und wir müssen uns stets neu auf veränderte Situationen und Phänomene einstellen. Die Aufgabe ist, den politischen Extremismus nicht über den Status einer Randerscheinung hinauskommen zu lassen.

Unter politischem Extremismus sind politische Kräfte zu verstehen, die den demokratischen Verfassungsstaat, insbesondere die grundlegenden Freiheitsrechte und den gesellschaftlichen Pluralismus, bekämpfen oder auf seine Beseitigung hinarbeiten.

Es existiert eine sehr lesenswerte Untersuchung von Winfried Schubarth und Thomas Schmidt zum Thema Rechtsextremismus unter Jugendlichen in den neuen Bundesländern. Sie konstatieren folgendes Ergebnis:

„Es liegt die Schlußfolgerung nahe, daß das Akzeptanz- bzw. Sympathiepotential für den Nationalsozialismus unter Jugendlichen relativ konstant zu sein scheint und sich bei Schülern und Lehrlingen um die 15 Prozent bewegt, bei männlichen Jugendlichen z.T. noch deutlich darüber.“

Zur Aussage „Der Faschismus hatte auch seine guten Seiten“ äußerten sich in dieser Untersuchung eher zustimmend 12 % der befragten Schüler und 15 % der befragten Lehrlinge.

Eine zweite Studie von Oliver Decker, Elmar Brähler und anderen („Vom Rand zur Mitte“) kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. Bundesweit wurde allen Altersgruppen die fast gleichlautende Aussage vorgelegt: **„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“**. Insgesamt 11% aller Befragten stimmten dieser Aussage überwiegend oder voll und ganz zu.

Das erste Ergebnis von Schubarth und Schmidt stammt aus den Jahren 1988 und 1990, wurde also auch noch zu DDR-Zeiten durchgeführt. Das zweite Ergebnis stammt aus einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung vom November 2006.

Richard Stöss ermittelte in einer weiteren Studie für 2003 ein rechtsextremistisches Einstellungspotential von insgesamt 16% bezogen auf die deutsche Bevölkerung insgesamt, davon 14% in den westlichen und 23% in den östlichen Bundesländern. (Rechtsextremismus im Wandel, FEB 2005, S. 68, Forsadaten)

Mit geht es bei diesen Zahlen nicht um eine genaue Quantifizierung.

Wichtig erscheint mir, dass vieles darauf hindeutet, dass es sich bei rechtsextremen Einstellungen um einen dauerhaften Tatbestand handelt.

Die Wahlergebnisse zum Sächsischen Landtag im Jahre 2004 deuten zudem darauf hin, dass die Prozentangaben für rechtsextremistisches Potential von weit über 10% bei Jugendlichen keine rein theoretische Größe sind. Das von Schubarth und Schmidt beschriebene Sympathiepotential unter Jugendlichen aus den Jahren 1988 und 1990 deckte sich mit den NPD-Wahlergebnissen von 2004. Wir werden auf diese Landtagswahlen noch eingehender zu sprechen kommen.

Ich werde mich hauptsächlich auf den Freistaat Sachsen beziehen und das hat zwei Gründe: Zum einen natürlich, weil der moderne Rechtsradikalismus in Sachsen 2004 seinen größten Wahlerfolg verzeichnete. Zum anderen, weil eine länderübergreifende oder gar

deutschlandweite Betrachtung zu grobmaschig wäre. Brauchbare Ergebnisse liefert nur die regional begrenzte Betrachtung, weil die zugrundeliegenden Erscheinungsformen räumlich und zeitlich sehr große Unterschiede aufweisen.

Kommen wir nun zur Frage, wie sich der Rechtsextremismus selbst präsentiert:

Ich beginne mit einem Zitat:

„Freiheit und Demokratie werden durch Extremismus bedroht. Extremistisch sind alle Bestrebungen, die darauf zielen, die Freiheit des Einzelnen oder die demokratische Selbstbestimmung des Volkes zu beseitigen.“

Diese Extremismus-Definition stammt aus der sogenannten Kyffhäuser-Erklärung der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen, abgekürzt JLO, vom 19. November 2000. Aufgrund einer Rechtsklage des Vertriebenenverbandes Landsmannschaft Ostpreußen nennt sich diese Gruppierung jetzt Junge Landsmannschaft Ostdeutschland. Sie unterhält zwei sogenannte Landesverbände in Bayern und Sachsen. Der Landesverband Sachsen/Niederschlesien umfasst nach Angaben des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen etwa 20 Mitglieder. Die JLO ist damit personell äußerst schwach, unterhält aber einen umfangreichen Internetauftritt und ist insbesondere maßgeblicher Ausrichter eines jährlichen sogenannten Gedenkmarsches zur Erinnerung an die Zerstörung Dresdens 1945. Sie wird hierbei intensiv von der NPD unterstützt.

2008 nahmen an dieser Demonstration am vergangenen Samstag etwa 4000 Personen teil. Die JLO selbst ist keine erkennbar rechtsextremistische Gruppierung, ihre Zusammenarbeit mit rechtsextremen Gruppen und der NPD sowie personelle Verflechtungen werden vom Verfassungsschutz jedoch mit Sorge beobachtet.

Wir dürfen sie als willige Helfer des Rechtsextremismus bezeichnen, die in einer Grauzone agiert. Nach eigenem Bekunden richtet sie sich jedoch **gegen** alle Erscheinungsformen des politischen Extremismus.

Ich zitiere: ***„Wenn die staatliche Macht in die Hand von Extremisten gelangt, werden Freiheit und Demokratie von den Inhabern der politischen Macht bedroht. In einer Diktatur sind die Politiker die Hauptvertreter des Extremismus. Die Politiker nennen sich dann mitunter Demokraten, die wirklichen Demokraten aber werden als Extremisten verfolgt. Da die großen Verbrechen in der Geschichte von Politikern verübt wurden, muß***

der Bürger besonders darauf achten, daß die Herrschenden ihre Macht nicht mißbrauchen. Die JLO wendet sich gegen jede Form von Extremismus, insbesondere gegen den Mißbrauch der politischen Macht.“

Die Extremismus-Definition, die somit der jugendlichen Zielgruppe durch die JLO präsentiert wird, lautet im Kern:

Der Extremist ist nicht unbedingt der Politiker oder Bürger, der außerhalb des demokratischen Parteienspektrums steht, sondern Extremist ist, wer Macht missbraucht.

Konstitutive Elemente des demokratischen Staates wie freie Wahlen, gesellschaftlicher Pluralismus oder rechtsstaatliche Ordnung im Rahmen einer Verfassung spielen hier keinerlei Rolle, sie werden schlichtweg ignoriert.

Mit „System“ ist in diesem Kontext nicht die politische Ordnung gemeint, sondern Politiker, die Macht missbrauchen, sind das System. Politiker, die Macht missbrauchen, sind Extremisten. Ein Staat, in dem die Macht ständig missbraucht wird, ist eine Diktatur, gelenkt von Extremisten, die sich Demokraten nennen.

Fügt man dieser Argumentationskette einige Beispiele aus den Themenbereichen Politikverdrossenheit und Politskandale hinzu, so kann die heutige Bundesrepublik leicht in die Nähe einer Diktatur gerückt werden. Extremisten sind dann die etablierten Parteien und ihre Politiker. Die wahren Demokraten sind Rechtsradikale, die von Regierungsprogrammen, Verfassungsschutz und Polizei verfolgt werden.

Die Erklärung der JLO ist vor dem Hintergrund ihrer Aktivitäten und politischen Aktionspartner geeignet, unsere Begriffe von Demokratie und Extremismus ad absurdum zu führen.

Sie kann losgelöst von diesem Hintergrund auch anders interpretiert werden. Die Frage bleibt dann bestehen, warum sie definitivisch zweideutig, ungenau, also ohne ein klares Bekenntnis zur demokratischen Ordnung formuliert wurde.

Die hier zitierten Aussagen sind in dieser und anderer Form typisch für den modernen Rechtsradikalismus in Deutschland. Er gibt sich rechtschaffen, anständig, einfachen Grundsätzen folgend und als Anwalt des sogenannten Volkswillens, insgesamt nach Gerechtigkeit strebend. Eine Selbstdefinition als rechtsradikal einerseits oder ein Bekenntnis

zur parlamentarischen Demokratie andererseits sucht man vergebens, die Botschaft lautet: rechts ja, rechtskonservativ auch, volksnah ja, extremistisch nein.

An dieser Stelle sollten wir einen Blick auf die politische Selbsteinschätzung der Jugendlichen werfen: Ich beziehe mich wieder auf Sachsen:

Im Jahre 2005 sagten 20% der Kinder und Jugendlichen im Alter von 12 bis 25 Jahren sie stünden politisch rechts der Mitte. Die Selbstzuordnung der JLO mit rechtskonservativ wäre für diese 20% also im Bereich des eigenen politischen Profils, soweit sie der JLO Glauben schenken.

Die JLO ist ein interessantes Beispiel, weil sie ursprünglich im CDU-nahen Bereich der Vertriebenenverbände verankert war und dann in Sachsen von radikalen Kräften vereinnahmt wurde. Aber sie ist trotz überdurchschnittlicher Medienpräsenz eine sehr mitgliederschwache Organisation.

Lassen Sie uns deshalb einen Schritt weiter gehen und betrachten, wie die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag sich öffentlich politisch verortet und wie sie ihre politische Mission definiert:

Ich zitiere aus der Fraktions-Schriftenreihe Nr. 7 aus dem Jahre 2006.

In diesem Heft geht es hauptsächlich um die Reaktion der NPD auf das sächsische Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“. Es heißt dort: **„Bei der heute zu beobachtenden Tendenz des ‚bürgerlichen‘ Lagers, in Fragen politischer Korrektheit und Selbst-Anpassung an den Zeitgeist in vorseilendem Gehorsam eine konservative Position nach der anderen zu räumen, ist dort ein geschlossener Widerstand nicht mehr zu erwarten.“**

Und weiter:

„Der NPD als oppositioneller nationaler Kraft im bundesdeutschen Parteienspektrum (neben der DVU) kommt hier die Aufgabe zu, die durch den politischen Rückzug des ‚bürgerlichen‘ Lagers ... geräumten politischen Positionen zu übernehmen... Wieder gibt es eine neue totalitäre Versuchung, der es entgegenzutreten gilt.“

Was heißt das also? Die NPD übernimmt die Positionen und Aufgaben des ehemals bürgerlichen Lagers, weil dieses zu weit nach links gerutscht ist. Mit der neuen totalitären Versuchung ist das gesamte linke politische Lager gemeint. Ihr Hauptkennzeichen ist laut NPD der Neo-Antifaschismus, der durch Parteiaktivitäten, Projekte und staatliche Programme alles Konservative und Rechte zu eliminieren versuche.

Auch hier also eine Selbstdefinition als neo-konservativ, als neu-rechts, als ehrlicher Makler ehemals bürgerlicher Anliegen, in erster Linie zu verstehen als Bezugnahme auf die CDU. Wir können also festhalten, dass sich die sächsische NPD und maßgebliche Protagonisten in ihrem Umfeld dezidiert als rechtskonservativ bezeichnen und ebenso dezidiert in Anspruch nehmen, gegen Extremismus - verstanden als Machtmissbrauch -, oder Totalitarismus - verstanden als anti-rechte-Meinungsfront -, ins Feld zu ziehen.

Diese Selbstbeschreibungen sind nicht für den Verfassungsschutz geschrieben, sie sind Strategie, sie sind ausgeworfene Schleppnetze bei der Suche nach breiten Wählerschichten.

Vor diesem Hintergrund können wir nun das sächsische Landtagswahlergebnis von 2004 unter die Lupe nehmen. Blicken wir kurz zurück: Es war außergewöhnlich und überraschend, wie erfolgreich die Kabinette Biedenkopf seit 1990 regierten. Die Sächsische Union errang 1990, 1994 und 1999 die absolute Mehrheit bei Landtagswahlen mit Ergebnissen zwischen 53 und 58 Prozent. Es war ebenso überraschend, dass die sächsische CDU im Jahre 2004 um 14 Prozent auf 41 Prozent herabsank, und dies geschah gleichzeitig zur dramatischen Niederlage der SPD, die von niedrigem Ausgangsniveau nochmals verlor und lediglich 9,8 Prozent erreichte.

Kaum jemand hatte erwartet, dass die NPD bei diesen Wahlen 9,2 Prozent der Stimmen erhielt und damit seit Jahrzehnten wieder in ein deutsches Landesparlament einzog.

Was war passiert? Die Wahlanalyse gibt eine eindeutige Erklärung bezogen auf das Wahlverhalten: Die CDU hatte am deutlichsten in der Gruppe der Neu- und Jungwähler verloren, die zuvor überdurchschnittlich CDU gewählt hatten. Sicher gegen den Bundestrend war die sächsische CDU zuvor bei Landtagswahlen die Partei der jungen Wähler gewesen.

SPD und PDS konnten aus diesen CDU-Verlusten keine maßgeblichen Zugewinne verzeichnen. Schauen wir uns die Statistik genauer an:

Wahlverhalten/Jungwähler/CDU/NPD

Wähler nach Alter/Sächsischer Landtag Sachsen 2004 (Zweitstimme)

	gesamt (1999)	18-24 (1999) Männer/Frauen	25-34 (1999) Männer/Frauen	ab 60 (1999) Männer/Frauen	18-34 %/Partei
CDU	41,1 (57,2)	32,3 (58,1) 31,4/33,4	39,7 (60,7) 39,4/40,0	45,3 (56,8) 42,3/47,8	17,5
PDS	23,6 (22,0)	17,4 (15,6) 17,4/17,3	15,5 (16,4) 13,9/17,3	26,9 (24,0) 29,3/24,9	13,5
SPD	9,8 (10,6)	8,7 (6,7) 8,3/9,1	7,6 (7,9) 7,1/8,2	13,6 (14,0) 13,4/13,8	16,1
NPD	9,2 (1,4)	16,0 (6,4) 20,0/11,1	13,9 (2,2) 18,3/9,1	4,3 (0,3) 6,2/2,7	31,7
FDP	5,9 (1,1)	9,5 (2,0) 9,5/9,4	8,4 (1,1) 8,4/8,4	3,6 (0,8) 3,4/3,8	29,4
B90 Grüne	5,1 (2,2)	8,9 (3,6) 7,8/10,2	9,3 (4,4) 8,6/10,0	2,4 (0,9) 2,2/2,7	34,9

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz

Die NPD errang absolut etwa 190.000 Zweitstimmen, davon knapp 27.000 in der Altersgruppe 18 bis 25 und knapp 34.000 in der Altersgruppe 25 bis 35 Jahre.

Zum Vergleich: In absoluten Zahlen errang die CDU in der Altersgruppe 18-25 Jahre etwa 54.000 Jugendliche, in der Altersgruppe 25 bis 35 Jahre etwa 96.000 Wähler, ist also immer noch deutlich dominierend auch in diesen Altersgruppen.

Vor dem Hintergrund des außergewöhnlichen Sieges der NPD, getragen in erster Linie von jungen Wählerschichten, stellt sich in unserem Zusammenhange nun die Frage, ob das Wahlergebnis auch als Ausdruck einer weitverbreiteten rechtsextremistischen Grundhaltung unter sächsischen Jugendlichen interpretiert werden darf.

Es ist erst einmal vorstellbar und nachvollziehbar, dass Jugendliche, die sich politisch rechts der Mitte verorten, die durch ihre jugendkulturelle Prägung oder Freizeitgestaltung die Verwandtschaft zu rechtsradikalen und rechtsextremen Outfits und Musikbands wahrnehmen, eine gewisse Affinität zu rechtsradikalen Parteien entwickeln.

Schauen wir uns im Vergleich hierzu nochmals Ergebnisse zur politischen Selbsteinordnung im Links-Rechts-Schema an: Folie: Jugend in Sachsen, Links-Rechts-Schema.

Wir sehen, dass sich 1% der Befragten „ganz rechts“ einordnen, was ich provisorisch mit „rechtsextrem“ bewerten würde.

Wir sehen weiter, dass sich weitere 5% „ziemlich rechts“ einordnen, was ich als rechtskonservativ bis rechtsradikal bewerten würde.

14 % verorten sich „rechts der Mitte“, was etwa CSU-Niveau oder gemäßigt-rechtskonservativ bedeutet.

Die nächste Folie zeigt uns, welchen Parteien die sächsischen Jugendlichen zwischen 12 und 25 nahestehen: Folie: Welche Partei steht Ihnen am nächsten?

Hier fällt auf, dass im langfristigen Vergleich der Anteil unentschlossener oder ungebundener Jugendlicher zugenommen hat. Waren dies 1999 zusammen 45%, so stieg der Anteil bis 2005 auf 56%.

Hier besteht also ein riesiges Potential für weitere Überraschungen beim jugendlichen Wahlverhalten in Sachsen.

Doch kommen wir zurück zum jugendlichen Potential rechts der Mitte:

Wenn sich der Rechtsextremismus ihnen gegenüber als rechtskonservativ, als rechtschaffen und bodenständig präsentiert, er ihnen dazu deutlich macht, dass sie gegen ihre unliebsamen linken Altersgenossen eindeutige Verbündete finden, so liegt eine Wahlentscheidung für eine Partei, die sich als „rechts“ definiert durchaus nahe.

Es handelt sich hierbei aber – wie die Zahlen belegen - in den meisten Fällen nicht um eindeutige Sympathien für den Rechtsextremismus und nicht um eine parteipolitische Festlegung.

Wäre dies anders, dann müsste die NPD sich nicht so gemäßigt geben, wie sie es tut. Sie könnte radikaler auftreten und würde ihre Nähe zu eigentlich bürgerlichen Positionen nicht ständig betonen.

Fazit:

Eine geschlossene rechtsextreme Grundhaltung, die durch Rassismus, extremen Nationalismus und Ablehnung der parlamentarischen Demokratie gekennzeichnet ist, lässt sich nur bei einer sehr kleinen Minderheit der sächsischen Jugendlichen nachweisen.

Wäre es anders, müsste es sich über kurz oder lang in den Mitgliedschaften rechtsextremer Parteien und Gruppierungen niederschlagen. Oder auf unser Thema bezogen: **Wer verzaubert ist, wer fasziniert ist, der ist einsatzbereit und zeigt Engagement. Die Zahlen des Verfassungsschutzes können solche Entwicklungen nicht belegen:**

Freistaat Sachsen

	Rechtsextr. insg.	NPD- Mitglieder	Rechtsextr.- Kameradsch.	Rechtsextr. Skinheads	DVU
2006	3180	1000	1000	800	150
2005	3230	1000	970	960	200
2004	3100	950	870	900	250
2003	3000	800	710	900	300
2002	3300	900	850	900	400
1998	3000	1400	unter 250	750	500

Quelle: Landesamt für Verfassungsschutz des Freistaates Sachsen, Verfassungsschutzbericht 2003ff.

Die Parteimitgliedschaften und Mitgliedschaften in anderen rechtsextremen Gruppierungen hat in den letzten Jahren insgesamt nicht zugenommen. Das Anwachsen bei den Kameradschaften ist allerdings bedenklich.

Wir können zwar feststellen, dass es eine Jugendkultur besonders im Bereich von Mode und Musik gibt, die große Affinitäten zu rechtsradikalen politischen Einstellungen aufweist. Hier sind Bereiche der Skinhead-Kultur oder des Black Metal und andere zu nennen, auch gibt es in der Hooligan-Szene entsprechende Überschneidungen. Diese Freizeitkulturen sind aber häufig unpolitisch und nur in speziellen Ausformungen eindeutig politisch.

Zur Bedeutung der Musik für die rechtsextreme Propaganda äußerte sich Henning Flad wie folgt: **„Rechtsextreme Musik ist heute das wichtigste Mittel von Rechtsextremen zur Verbreitung ihres Gedankengutes innerhalb der Jugendszene.“**

Es scheint eine größere Anzahl von Jugendlichen zu geben, die eher unpolitisch sind, sich wenig für Politik interessieren, aber einen Kleidungs- und Musikgeschmack haben, der in der rechtsextremen Szene besonders gepflegt wird. Ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild und eine Akzeptanz des Rechtsextremismus als politische Bewegung mit hoher Mobilisierungskraft ist bisher kein Massenphänomen, zumindest in Sachsen.

Fassen wir diese Aspekte zusammen, so handelt es sich bei den jugendlichen NPD-Wählern allerdings auch nicht um klassische Protestwähler, die durch ihre Stimmabgabe zeitweilig Unmut und Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen möchten.

Es scheint den Jugendlichen nicht um einen Warnschuss in Richtung etablierte Parteien zu gehen, sondern durchaus um die typische Wahlmotivation: „Zur Zeit halten wir die NPD für die Partei, die unsere Interessen am ehesten vertritt.“

Sie gehen an die Wahlurne und wählen, was ihnen naheliegend erscheint, was mit ihrer Stimmung und ihrem Milieu offensichtliche Überschneidungen aufzeigt.

Die NPD wählt ihre Themen jugendtypisch, schulbezogen oder die Freizeitkultur einbeziehend aus. Ihr großes manipulatives Potential ist in diversen Veröffentlichungen deutlich erkennbar, wie etwa in der sogenannten Schülerzeitung „Perplex“, die von den Jungen Nationaldemokraten herausgegeben wird. Die dort enthaltenen Texte rufen perfide dazu auf, den Schulfrieden zu stören, die Lehrer zu verunsichern und im Unterricht zu polemisieren. Es ist ein gutes Beispiel dafür, wie die Jungen Nationaldemokraten versuchen, chaotische Verhältnisse an sächsischen Schulen herbeizuführen.

Es ist sicherlich zu großen Teilen die Konzentration auf Schüler und Jugendliche, der hohe Mitteleinsatz, der die Erfolge der NPD bei Jugendlichen ausmacht. Besonders Maßnahmen wie „Schülerzeitungen“ und Schulhof-CDs, die kostenlos verteilt wurden, zählen zu den Aktivitäten, die andere Parteien anständigerweise so nicht entwickeln. Sie halten auch

unabhängig von ihrem Inhalt die NPD oder ihre Untergliederungen im Gespräch, sie erregen Aufmerksamkeit, und das ist es, was in der Politik von unschätzbarem Wert ist.

Werden die Propagandamittel verteilt, dann erzielen sie ihre Wirkung direkt, verbunden mit der Botschaft: Wir kümmern uns um Euch!

Werden sie aus dem Verkehr gezogen, schlachtet man dies politisch waidlich aus nach dem Motto: Dieser Staat nennt sich weltoffen, aber wir werden ständig verfolgt.

So kommen wir nun zur abschließenden Frage: **Übt der Rechtsextremismus tatsächlich eine Faszination auf Jugendliche aus?**

Bevor ich zur Antwort komme, möchte ich eine persönliche Bemerkung vorwegschicken: So wichtig das Thema Rechtsextremismus für die Parteienlandschaft, das politische Klima allgemein und die politische Bildung ist, gefährlicher scheint mir die wachsende Anzahl Jugendlicher zu sein, die durch zunehmende Verwahrlosung, zunehmende Gewaltbereitschaft und zunehmende ethische Orientierungslosigkeit auffällig wird.

Hier kann sich völlig unkalkulierbarer gesellschaftlicher Sprengstoff entwickeln, der sich gewalttätig auf der Straße entlädt, ohne dass er eine dezidiert politische Heimat benötigt.

Eine weitere große Gefahr liegt darin, dass heute noch unpolitische Jugendliche und Jugendcliquen sich langfristig dem politisierenden Werben extremistischer Parteien und ihrer Partnerorganisationen annähern. So könnte aus dem rechten Wechselwähler ein rechtsradikaler Stammwähler und später ein überzeugter Rechtsextremist werden.

Insgesamt wird dem Jugendlichen als politischer Bürger wegen der parteipolitischen und parlamentarischen Auswirkungen unangemessen größere Aufmerksamkeit gewidmet, als dem gesellschaftlichen Hintergrund des Problems.

Doch zurück zu unserer Frage: Eine Faszination des Rechtsextremismus bei Jugendlichen liegt in größerem Umfang nicht vor, zumindest noch nicht. Diejenigen Jugendlichen, die sich zum Rechtsextremismus bekennen und politisch in extremistischen Kreisen aktiv sind, stellen nach wie vor eine kleine Minderheit dar.

Diese Jugendlichen sind mit Sicherheit fasziniert vom entsprechenden Gemeinschaftsleben, vom sogenannten Kameradschaftsgeist, von martialischen Sprüchen, von öffentlichen Provokationen, von Demonstrationen bis hin zu politischen Gewaltdelikten.

Sie treten in eine rechtsextreme Lebenswelt ein, die besonders in den sogenannten Kameradschaften einen Bruch mit allen gesellschaftlichen Konventionen darstellt und in der Regel über kurz oder lang auch in Straftatbestände mündet.

Diesem politischen Extremismus kann der Staat nur restriktiv begegnen. Der Normalbürger sollte sich trotz wünschenswerter Zivilcourage nicht in diesem Aufgabenbereich tummeln.

Ich habe mich heute bewusst auf den nicht-militanten und nicht-gewalttätigen politischen Rechtsextremismus bezogen.

Der Vertretungsanspruch des modernen Rechtsradikalismus umfasst derzeit eine Spanne vom bürgerlichen Lager bis zur neo-nazistischen freien Kameradschaft. Die Frage ist, wie lange das Lager diese Vielschichtigkeit zu bündeln vermag; oder aber, ob es insgesamt nur durch Radikalisierung einerseits beziehungsweise Abkehr vom Radikalismus andererseits zusammengehalten werden kann.

Wenn der Rechtsextremismus eine besondere Faszination auf Jugendliche ausüben würde, dann müssten sich seine Erfolge auf relativ hohem Niveau verstetigen. Dies scheint nicht der Fall zu sein und wird auch hoffentlich nicht eintreten.